

Miteinander und Füreinander

Unsere Vorstellung eines sozialen Wuppertals ist eine Stadt für alle, bunt und vielfältig. Hier leben Menschen aus 180 Staaten mit unterschiedlichen Sprachen, Nationalitäten, Kulturen und Religionen. Diese Vielfalt ist Herausforderung und Stärke zugleich. Die Gleichstellung aller Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, sexueller und religiöser Orientierung oder sozialer und ethnischer Herkunft ist eine der zentralen Errungenschaften unserer modernen Gesellschaft – und die Umsetzung fundamentaler Menschenrechte. Wir möchten, dass jedes Kind sein* ihr Entwicklungspotenzial entfalten kann und unter optimalen Bedingungen groß wird, unabhängig von Herkunft, Wohnort, äußerlichen Merkmalen oder Familienzusammensetzung. Außerdem sind wir überzeugt, dass jeder Mensch eine zweite Chance verdient hat! Deshalb ist es uns wichtig, Wege zu finden, wie man Menschen, die Fehler gemacht haben oder von Unglück betroffen sind, helfen kann, in die Stadtgesellschaft zurück zu finden.

Teilhabe für Alle!

Wir möchten Armut auf allen Ebenen bekämpfen und hierzu eine kommunale Armutskonferenz mit klaren Entscheidungskompetenzen und guter finanzieller Ausstattung einrichten. Diese soll zielgerichtet Projekte zur Armutsbekämpfung entwickeln und fördern. Zu den notwendigen Maßnahmen gehören: weitere Unterstützung und Ausbau der frühen Hilfen, Präventionsarbeit, die Entbürokratisierung im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und die Generierung niedrigschwelliger Bildungs- und Kulturangebote für Familien, Kinder und Jugendliche.

In Wuppertal ist jedes 3. Kind von Armut betroffen und fast 50.000 Menschen in unserer Stadt leben von Transferleistungen. Ein eindeutiges Handlungskonzept für die Bekämpfung von Armut fehlt bislang in unserer Stadt. Das bisherige "Bündnis gegen Armut" ist nicht mehr als ein sozialpolitisches Feigenblatt. Hier müssen gezielt individuelle und für Wuppertal praktikable Lösungen her!

Um die Teilhabe aller Kinder in Wuppertal zu verbessern, wollen wir einen "Kinderpass" einführen. Dieser Pass soll vergünstigten Eintritt in Schwimmbäder, die Stadtbibliothek oder zu kulturellen Veranstaltungen ermöglichen. Im zweiten Schritt wollen wir diesen Pass zu einem "Bürger*innenpass" für Wuppertaler*innen mit geringem Einkommen erweitern.

Schulessen für alle Kinder

Leider gibt es in Wuppertal immer noch Schulen, an denen nicht alle Kinder ein warmes Mittagessen erhalten können. Wir setzen uns auch in Zukunft weiter dafür ein, dass jedes Kind in Wuppertal in der Schule eine qualitativ hochwertige Mahlzeit erhält. Wir freuen uns über alle Schulen, die Mittagessen anbieten, die aus biozertifizierten Lebensmitteln hergestellt werden. Deshalb fordern wir Bio-Subventionen sowohl für Schul- als auch Kitaessen. Ebenso sollen bei der Zubereitung von Speisen in/ für Kitas und Schulen zukünftig keine Produkte aus der Massentierhaltung mehr verwendet werden.



Kinder- und Jugendhilfe gut ausstatten

Wuppertal hat ein breites Spektrum an Angeboten der Jugendarbeit und Jugendhilfe. Diese Angebote gilt es, langfristig finanziell abzusichern und zu erhalten.

Das stationäre Jugendhilfeangebot möchten wir um mindestens 10 Intensivbetreuungsplätze erweitern. Ferner muss das Wohngruppenangebot fachlich differenzierter ausgestattet werden, um den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden zu können. Offene Kinder- und Jugendarbeit muss dort stattfinden, wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten. Deshalb wollen wir das mobile Angebot der Stadt ausweiten und dabei auch die freien Träger einbinden.

Mitgestaltung durch Kinder und Jugendliche

Wir finden es wichtig, Kinder und Jugendliche in politische Entscheidungen einzubinden. Wir brauchen partizipative Kinder- und Jugendarbeit in den Kommunen. Eine bunte und vielfältige Umgebung bekommen wir nur, wenn wir alle mitnehmen.

Mit dem aktiven Kommunalwahlrecht ab 16 Jahren wurde jüngeren Menschen politisches Vertrauen abgesprochen, sich mit der Politik vor Ort verantwortungsbewusst auseinander zu setzen zu können. Wir fordern daher die weitere Absenkung des aktiven Wahlalters auf 14 Jahre bei Kommunalwahlen. Die Möglichkeiten zur Absenkung des passiven Wahlalters soll geprüft werden. In einem ersten Schritt setzen wir uns für die Stärkung der Rechte der Vertreter*innen des Wuppertaler Jugendrates in städtischen Gremien ein.

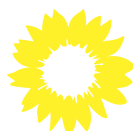
Um Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich mit der Stadtpolitik und den Wahlmöglichkeiten auseinanderzusetzen, sollen alle Klassen mit Schüler*innen im Wahlalter eine "Politische Projektwoche" veranstalten. Die politische Neutralität der Lehrkräfte ist für uns dabei selbstverständlich.

Angebote für Kinder und Jugendliche finanziell absichern

Die große Zahl der Kinder- und Jugendangebote in Wuppertal verdanken wir auch der Vielfalt der (freien) Träger*innen, diese gilt es zu erhalten. Ihre Arbeit ist ein wichtiger Teil im sozialen Netz unserer Stadt, die jedoch seit vielen Jahren unter einer strukturellen Unterfinanzierung leiden. Unter Berücksichtigung der städtischen Finanzen wollen wir dieser Arbeit die verdiente Anerkennung zukommen lassen und die städtischen Zuschüsse für diese wichtige Arbeit dynamisieren; insbesondere, um die Träger*innen bei der Öffnung ihrer Angebote unter dem Gesichtspunkt der Inklusion zu unterstützen.

Inklusion für Menschen mit Handicaps verbessern

Wir fordern barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen Gebäuden sowie Barrierefreiheit innerhalb dieser Gebäude. Zu Gunsten von Menschen mit sprachlichen und kognitiven Einschränkungen fordern wir, dass Ämtervordrucke und Formulare in leichter Sprache erstellt werden. Wir wollen Menschen mit körperlichen oder kognitiven Einschränkungen bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen. Die Stadt Wuppertal sollte hier eine Vorbildfunktion übernehmen, vor allem auch beim Angebot von Ausbildungsplätzen. Darüber hinaus sollen Anreize geschaffen werden, die auch in der freien Wirtschaft die Quote an Ausbildungsplätzen für Menschen mit Handicap erhöhen. Wuppertal profitiert von vielfältigen Perspektiven und den Talenten aller Bürger*innen!



Wohnen ist ein Menschenrecht - Wohnungslosigkeit bekämpfen

Wir möchten das Streetworkangebot bedarfsorientiert ausbauen und die Aufenthaltsmöglichkeiten für wohnungslose Bürger*innen vorhalten. Hierzu gehört ein rund um die Uhr erreichbares Betreuungs- und Beratungsangebot. Zeitliche Versorgungslücken, in denen sich Menschen draußen aufhalten müssen, darf es in einer Großstadt wie Wuppertal nicht mehr geben. Durch sichtbare Öffentlichkeitsarbeit wollen wir den Bekanntheitsgrad der "Kältehotline" steigern.

In anderen Städten bestehen schon sogenannte "Housing-First"-Konzepte.

Wir wollen dieses Konzept in Wuppertal etablieren und Möglichkeiten finden, Wohnungslosigkeit von vornherein zu verhindern. Dafür möchten wir mit der Freien Wohlfahrtspflege, der Stadt und den Wohnungsbaugesellschaften zusammenarbeiten.

Was heißt Housing-First? Dieses Konzept ermöglicht es Wohnungslosen direkt in eine eigene Wohnung zu ziehen, ohne sich über mehrere Stufen von Unterbringungen und Notunterkünften dafür qualifizieren zu müssen. Es gibt keine Voraussetzungen für den Einzug in diese Wohnungen und die Betroffenen erhalten danach weiterhin Unterstützung. Ziel ist es, den Menschen erstmal die Stabilität einer eigenen Wohnung zu geben und auf dieser Grundlage die Probleme, die in die Wohnungslosigkeit geführt haben, angehen zu können. Die Unterstützung endet hier nicht mit der Unterbringung in der eigenen Wohnung, wie es bei anderen Strategien der Fall ist, sondern beginnt dort erst. So werden die Betroffenen nach und nach stabilisiert und finden in die Gesellschaft zurück.

Tafeln unterstützen

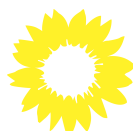
Die gemeinnützigen Tafeln sammeln überschüssige, qualitativ einwandfreie Lebensmittel und verteilen diese an sozial und wirtschaftlich Benachteiligte. Mit ihrer schnellen und unbürokratischen Hilfe lindern die Tafeln die Folgen von Armut in einer reichen Gesellschaft und stehen für Solidarität und Mitmenschlichkeit. Die Wuppertaler Tafel soll künftig direkte Hilfe – finanzieller oder logistischer Natur – von der Stadt bekommen.

Auch im Alter selbstbestimmt leben

Wir möchten ein menschenwürdiges Altwerden für alle Wuppertaler*Innen. Aber auch Einsamkeit kann jede*n treffen. Wir wollen das Thema Einsamkeit enttabuisieren und noch mehr konkrete Angebote schaffen, wo sich junge und alte Menschen treffen und unabhängig von Einkommen und Mobilität teilhaben können. Bestehende Einrichtungen wie Mehrgenerationenhäuser oder Seniorentreffs leisten bereits heute wertvolle Arbeit. Die meisten älteren Menschen möchten in ihrer vertrauten Umgebung wohnen bleiben. Deshalb setzen wir uns für eine altengerechte Entwicklung unserer städtischen Wohngebiete ein, denn nur so kann den älteren Menschen in Wuppertal ein eigenständiges Leben ermöglicht werden. Mehr neue und bezahlbare Wohn- und Betreuungsformen, z.B. Demenzgruppen, finden zukünftig unsere Unterstützung.

Der Seniorenbeirat der Stadt Wuppertal trägt als politisches Gremium dazu bei, dass die Interessen der älteren Menschen sowohl in der Kommunalpolitik als auch in allen anderen Angelegenheiten, vertreten werden. Wir unterstützen auch in Zukunft die Arbeit des Seniorenbeirates.

Wir setzen uns dafür ein, dass städtische Pflegekräfte in ihrer Arbeit eine Entlastung erfahren. Bessere Arbeitsbedingungen, eine angemessene Bezahlung sowie eine familienfreundliche Arbeitsorganisation sind unsere Ziele.



Sozialen Arbeitsmarkt schrittweise weiter ausbauen

Kurze, zeitlich befristete Qualifizierungsmaßnahmen können Langzeitarbeitslosen keine wirkliche Perspektive bieten. Dabei ist eine sinnvolle Tätigkeit, die Würde und Tagesstruktur zurückgibt, von enormer Bedeutung. Deswegen wollen wir die Plätze im „sozialen Arbeitsmarkt“ in Wuppertal weiter ausbauen. Das Jobcenter Wuppertal und die Stadt sind politisch zu unterstützen und weitere Fördermittel des Bundes einzuwerben. Unser Ziel ist es weitere 400 Arbeitsplätze im „sozialen Arbeitsmarkt“ zu schaffen. Hier ist auch die Stadt Wuppertal selbst gefragt und kann verstärkt Langzeitarbeitslose einstellen, statt Aufgaben an Fremdfirmen auszulagern. Parallel dazu ist es notwendig, die Beratungsangebote unserer Stadt zu verbessern, sowohl Schuldner*innenberatung als auch in der Kinder- und Jugendhilfe.

Die Stadt Wuppertal vergibt Reinigungsarbeiten häufig an externe Dienstleister. In kaum einer anderen Branche sind die Arbeitsbedingungen so schlecht und die Löhne so niedrig wie im Reinigungsgewerbe. Wir fordern deshalb, die Festeinstellung städtischer Reinigungskräfte, denn dies schafft gute Arbeitsplätze mit fairen Löhnen.

Wirksame Suchtprävention und ein Ende der Stigmatisierung

Wir fordern Prävention statt Scherben aufsammeln! Eine Legalisierung von Cannabis ermöglicht effektiven Jugendschutz, da in offiziellen Abgabestellen eine Alterskontrolle durchgeführt werden kann. Der Dealer um die Ecke hingegen fragt nicht nach dem Ausweis. Außerdem wird durch die legale Abgabe der Kontakt zu härteren Drogen reduziert. So kann verhindert werden, dass Cannabis als Einstiegsdroge dient. Zudem sorgt eine derartige Entkriminalisierung von Gelegenheitskonsum für eine massive Entlastung von Polizei und Justiz, die durch die Verfolgung geringfügiger Delikte Ressourcen verschwenden. Die so frei werdenden Kapazitäten können dann nachhaltiger eingesetzt werden.

Wir setzen uns auf der Bundesebene für eine Legalisierung von Cannabis ein und wollen weiterhin in Wuppertal die kontrollierte Abgabe von Cannabisprodukten in lizenzierten Fachgeschäften im Rahmen eines wissenschaftlich begleiteten Modellprojektes erproben. Die Einrichtung von Schutzräumen für Drogenkonsum mit Tauschmöglichkeiten von Spritzen wird präventiv gegen die Verbreitung von Krankheiten durch benutzte Spritzen vorgegangen und eine medizinische Versorgung von Suchtkranken unterstützt. Einige Städte haben damit bereits gute Erfahrungen gemacht. Wir brauchen zudem vermehrt Drug-Checking-Angebote, wo Konsument*innen ihre Drogen auf mögliche Verunreinigungen und gesundheitliche Risiken testen können. Wir wollen ein Ende der Repression gegen Drogenkonsument*innen und fordern stattdessen umfangreiche Prävention, Aufklärungsarbeit und Sozialhilfe.

Spielsucht zerstört Familien und bedeutet häufig den finanziellen Ruin der Betroffenen. Deswegen setzen wir uns für eine ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Spielsuchtberatung in Wuppertal ein. Präventiv möchten wir die Eröffnung neuer Glücksspielstätten in Wuppertal begrenzen und bestehende Betriebsgenehmigungen im Hinblick auf die Einhaltung von Entfernungsvorgaben z.B. zu öffentlichen Schulen prüfen.



Drug-Checking: Darunter versteht man die chemische Analyse von illegalisierten Substanzen untersucht wird, welche Stoffe in welchen Mengen in einer Substanz oder Pille enthalten sind. Die Ergebnisse werden den Konsument*innen, die einen Teil ihrer Substanz zur Analyse abgegeben haben, weitergeleitet. So können sie vor zu hohen Dosierungen, unerwünschten Substanzen oder gesundheitsgefährdenden Streckmitteln gewarnt werden. Solche Angebote können entweder vor Ort (zum Beispiel in einem Club) oder stationär, etwa bei der Drogenberatungsstelle, angesiedelt sein.

Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung sicherstellen

In Wuppertal gibt es zu wenig Psychiater*innen und viel zu wenige Plätze für psychotherapeutische Behandlung. Aufnahmesperren und Wartezeiten bis über einem halben Jahr sind keine Seltenheit. Wir möchten die Wuppertaler Sozialpsychiatrischen Zentren unterstützen. Sie sind Anlaufstelle für Menschen, die noch auf einen Therapieplatz warten, und können auch Menschen nach einer stationären Therapie weiter begleiten und ihnen dabei helfen in den Alltag zurück zu finden. Zudem fordern wir mehr Engagement der Stadt zur Verbesserung der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung. Die Versorgung von Kindern und Jugendlichen ist in diesem Bereich ebenfalls defizitär. Neben zwei ambulanten Kinder- und Jugendpsychiater*innen gibt es in der Stadt nur ein tagesklinisches kinder- und jugendpsychiatrisches Behandlungsangebot mit 20 Behandlungsplätzen. Wir fordern den Ausbau des kinder- und jugendpsychiatrischen Angebotes im teilstationären Bereich in Wuppertal und vor allem im Osten der Stadt.

Versorgung von Schwangeren und Kindern

Die medizinischen Versorgungsangebote Schwangerer und Kinder sind in Wuppertal nicht ausreichend. Es fehlen sowohl Hebammen, wie auch Kinder- und Jugendärzt*innen für eine wohnortnahe Versorgung. Wir möchten ein verbessertes Betreuungsangebot für Schwangere durch die Stärkung der Geburtshilfe und den Ausbau von hebammengeleiteten Kreissälen. Darüber hinaus fordern wir die Kassenärztliche Vereinigung auf, die Abrechnungsermächtigungen der Bedarfslage anzupassen.

Stärkung der Quartiere

Wir sehen vor allem in starken Quartieren eine große Chance, möglichst viele Menschen in die aktive Gestaltung einer vielfältigen Umwelt einzubinden. Dabei stehen unterschiedliche Quartiere vor unterschiedlichen Herausforderungen, für die nur gemeinsam mit den Bewohner*innen vor Ort Lösungen entwickelt werden können. Die Integration von Neuzugewanderten ist keine Einbahnstraße und kann nur miteinander realisiert werden. Eine selbstbestimmte und aktive Gestaltung des Lebensraumes vor Ort stärkt das gesamte Quartier. Wir setzen uns für eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung der Integrationsarbeit innerhalb der Quartiere ein.

Integration gemeinsam gestalten

Wir fordern, dass Menschen mit Migrationshintergrund in jedem Lebensbereich die gleichen Chancen und Rechte wie alle anderen Bürger*innen dieser Stadt haben. In Wuppertal gibt es viele anerkannte interkulturelle Zentren, die seit vielen Jahren wertvolle Arbeit leisten. Wir wollen das zivilgesellschaftliche Engagement stärken und die Vernetzung von Vereinen fördern. Auch die Integrationsarbeit der Vereine im außerschulischen Bereich finden wir unterstützenswert.



Migrant*innen sollen außerdem stärker dabei unterstützt werden, am politischen Leben teilzuhaben und ihr Lebensumfeld Quartier, Stadtteil oder die gesamte Stadt mitzugestalten. Wir setzen uns ein für verschiedene niedrigschwellige Beteiligungsangebote, die Menschen mit Migrationshintergrund in jedem Lebensabschnitt und mit unterschiedlichen Bedürfnissen einbeziehen.

Für eine humane Flüchtlingspolitik

Wuppertal ist ein Zufluchtsort für viele Menschen, die dem Krieg, dem Hunger und der Verfolgung entkommen sind. Wie entschlossen die Wuppertaler*innen geflüchtete Menschen aufnehmen und willkommen heißen, zeigt sich immer wieder sehr deutlich.

Viele Menschen engagieren sich für eine menschenwürdige Unterbringung und Erstversorgung: Sie spenden, sammeln und organisieren, sie nehmen Kontakt auf und schließen Freundschaften. Diese Hilfsbereitschaft der Wuppertaler*innen werden wir immer wertschätzen und fördern.

Die Umsetzung des Konzepts „Wohnung statt Flüchtlingswohnheim“ hat dazu geführt, dass die meisten Flüchtlinge heute in Wohnungen leben können, was ihre Integration in unsere Stadtgesellschaft erheblich beschleunigt – dieses "Wuppertaler Modell" ist aufgrund seines Erfolges bundesweit bekannt geworden. Das möchten wir fortsetzen und ausbauen.

Wir unterstützen die aktive Integrationsarbeit. Die Teilnahme an Sprachkursen soll so früh wie möglich gewährleistet werden. Dafür sollen Voraussetzungen geschaffen werden, die es ermöglichen, dass Mütter und Väter mithilfe einer Kinderbetreuung die Kurse regelmäßig besuchen, Kinder und Jugendliche schnell den Anschluss in den Kitas und Schulen finden und dass qualifizierte Fachkräfte in das Berufsleben integriert werden. Auch braucht es niedrigschwelligen Zugang zu sozialen Netzwerken außerhalb der eigenen Community, um eine Integration in das Stadtleben zu ermöglichen.

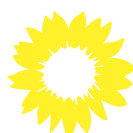
Migration, Religion und Weltanschauung

Wir fordern, dass Menschen mit Migrationsgeschichte in jedem Lebensbereich die gleichen Chancen und Rechte wie alle anderen Bürger*innen dieser Stadt haben.

In Wuppertal gibt es viele anerkannte interkulturelle Zentren, die seit vielen Jahren wertvolle Arbeit leisten. An dieser Stelle möchten wir das zivilgesellschaftliche Engagement weiter stärken, denn wir wissen, dass die vorhandenen Angebote von Menschen in den Gemeinden gerne angenommen werden und möchten unterstützend eine stadtweite Online-Plattform zur Vernetzung und Übersicht der Angebote entwickeln.

Wir engagieren uns für den interreligiösen Dialog in Wuppertal. Die Forderung der religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaft nach freier Ausübung ihrer Religion ist auch in Wuppertal ein wichtiges Thema.

In der stationären und ambulanten Pflege müssen Angebote der kultursensiblen Pflege deutlich ausgebaut werden. Gleiches gilt auch für den Bereich der psychischen Gesundheit.



Antidiskriminierung und Antirassismus

Gelebte Demokratie, kulturelle Vielfalt und bewusste Gewaltfreiheit beugen rechtsextremen Denk- und Handlungsmustern vor. Es ist notwendig, Rechtsextremen entgegenzutreten und etwas gegen den alltäglichen Rassismus und Sexismus zu tun, mit denen Menschen ausgegrenzt und diskriminiert werden. Den Schulterschluss gegenüber rechtsextremen Gruppen und die Demonstrationen gegen Hass und Ausgrenzung wollen wir weiterhin tatkräftig unterstützen.

Die erfolgreiche mobile Beratung gegen Rechtsextremismus wollen wir dauerhaft sichern und nach Möglichkeit ausbauen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Wuppertaler Polizei auch weiterhin eine Stellenzulage vom Land NRW für die Beobachtung und Bekämpfung des Rechtsextremismus erhält und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln der rechtsextremistischen Szene in Wuppertal entgegenwirkt.

Viele Wuppertaler*innen engagieren sich in Vereinen oder arbeiten in Initiativen und Projekten für ein demokratisches und vielfältiges Wuppertal. Wir wollen diese Verbände und Initiativen in ihrer Arbeit ermutigen. Wir machen uns stark für ein buntes Wuppertal ohne braune Flecken!

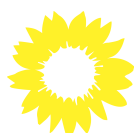
Keine Toleranz bei Gewalt

Prävention, Sanktion und Überwindung von geschlechterspezifischer Gewalt, ob im öffentlichen oder privaten Raum, bleiben wichtige Themen, die wir auch in der kommenden Ratsperiode angehen wollen.

Mehr als jede dritte Frau erlebt in ihrem Leben mindestens einmal körperliche oder sexuelle Gewalt, überwiegend in der Partnerschaft oder im familiären Kontext. Dies wirkt sich auf die Betroffenen in körperlicher, psychischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht aus. Wir werden auch in Zukunft konsequent für ein ausreichendes Beratungsangebot für betroffene Frauen und Mädchen in Wuppertal kämpfen. Aufgrund der hohen Opferzahl bei häuslicher Gewalt und den begrenzten Aufnahmeplätzen muss das Wuppertaler Frauenhaus immer wieder Frauen abweisen. Wir setzen uns mit unseren Kolleg*innen in der Landtags- und Bundestagsfraktion dafür ein, dass Frauenhäuser eine einheitliche und auskömmliche Finanzierung erhalten.

Wir setzen uns zusätzlich dafür ein, dass Übergriffe gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Identität in einer eigenständigen Erhebung erfasst, dokumentiert und veröffentlicht werden. Und auch diese Menschen müssen die Möglichkeit haben, Schutzräume aufsuchen zu können und Hilfe zu erhalten.

Wir wollen Angsträume vermeiden. Deshalb nehmen wir uns für die neue Ratsperiode vor, Angsträume mit Hilfe der Wuppertaler Bürger*innen zu ermitteln und gemeinsam umzugestalten.



WIR SETZEN UNS EIN FÜR:

- die Einrichtung einer kommunalen Armutskonferenz und die unbürokratische Verbesserung der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen durch Einführung eines „Kinderpasses“
- barrierefreie öffentliche Gebäude sowie einen besseren Zugang zu den Angeboten der Verwaltung für Menschen mit geistigen und Sinneseinschränkungen
- Housing-First-Konzepte um die Wohnungslosigkeit in Wuppertal zu reduzieren
- Schutzräume für Drogenkonsum mit kostenlosen Tauschmöglichkeiten für Spritzen sowie Drug-Checking-Angebote
- die Unterstützung der Sozial-Psychiatrischen Zentren in Wuppertal als erste Anlaufstellen für psychisch erkrankte Menschen und die Erweiterung der psychiatrischen und psychotherapeutischen Behandlungsangebote
- ein gesundes Mittagessen für alle Schulkinder
- mehr Beteiligungs- und Mitgestaltungsangebote für Menschen mit Migrationshintergrund, sowie für die Fortsetzung des „Wuppertaler Modells“
- die langfristige Sicherstellung der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus
- die Unterstützung der Frauenhäuser und die Einrichtung von weiteren Anlaufstellen für von Gewalt bedrohte Gruppen
- die Unterstützung neuer und bestehender Wohn- und Betreuungsmodelle für selbstbestimmtes Leben im Alter und für eine kultursensible Pflege

